



Medienkonferenz „Aufgabenüberprüfung zur Haushaltsstabilisierung“, Donnerstag, 3. Februar 2011

REFERAT VON STADTPRÄSIDENT ALEXANDER TSCHÄPPÄT

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren
Geschätzte Medienschaffende

Politik ist nur dann handlungsfähig, wenn sie über einen genügend grossen finanziellen Spielraum verfügt. Ist ein Gemeinwesen mit Schulden und Defiziten belastet, sind die Gestaltungsmöglichkeiten beschränkt. Oft bleibt nur der Verzicht. Verzicht aber heisst Stillstand; und Stillstand heisst Rückschritt zulasten künftiger Generationen. Denn wo die öffentliche Hand nicht investiert, da kann keine Entwicklung stattfinden. Darum braucht ein gesundes Gemeinwesen auch gesunde Finanzen.

Meine Gemeinderatskolleginnen und ich haben unser Amt zu einer Zeit angetreten, als die Stadt noch mit hohen Schulden konfrontiert war. Die städtische Politik war damals geprägt vom Wegsparen und Outsourcen. So ist es schwierig, Chancen wahrzunehmen und das Gemeinwesen fit zu machen für die Zukunft. Dem Gemeinderat ist es daher ein zentrales Anliegen, für eine möglichst solide Finanzlage zu sorgen.

Heute dürfen wir feststellen: Bern ist dank Ausgabendisziplin und haushälterischem Umgang mit den vorhandenen Mitteln finanzpolitisch wieder auf Kurs. Ausdruck davon ist zum Beispiel die positive Bewertung, welche die Stadt von der anerkannten Ratingagentur Moody's letzten Herbst erhalten hat. In den letzten Jahren konnten wir regelmässig positive Rechnungsabschlüsse vorlegen und den altrechtlichen Bilanzfehlbetrag sukzessive um einen dreistelligen Millionenbetrag reduzieren. Unser Ziel, den Bilanzfehlbetrag bis Ende der Legislatur auf Null abzubauen, ist realistisch.

Dieser nachhaltigen Finanzpolitik bleibt der Gemeinderat weiterhin verpflichtet. Nur so ist es möglich, Spielraum für öffentliche Investitionen zu sichern. Darum hat der Gemeinderat umgehend reagiert, als sich wegen der globalen Wirtschafts- und Finanzkri-

se, des kantonalen Steuergesetzes und des FILAG abzeichnete, dass ab dem Jahr 2012 im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die Jahre 2011-2014 jährliche Defizite von schätzungsweise 23 bis 28 Millionen Franken drohen könnten. Erstens beschloss er im Rahmen einer kurzfristigen Massnahme für 2010, beim Personal- und Sachaufwand rund acht Millionen Franken einzusparen. Zweitens lancierte er eine umfangreiche Aufgabenüberprüfung mit dem Ziel, den Haushalt nachhaltig um rund 20 Millionen Franken zu entlasten und ihn damit längerfristig zu stabilisieren.

Warum entschied sich der Gemeinderat für eine Aufgabenüberprüfung und nicht für ein Sparpaket? Dafür gibt es mehrere Gründe:

- Bisher wurden schon viele Sparpakete geschnürt. Beim Sparen ist die Zitrone ausgepresst. Was es an relevanten nachhaltigen Einsparungsmöglichkeiten gab, wurde mit den bisherigen Sparpaketen weitgehend ausgeschöpft.
- Ein lineares, flächendeckendes Sparen ist kontraproduktiv. Wer mit dem Rasenmäher Finanzpolitik macht, schneidet das weg, was Früchte bringt, und lässt das stehen, was es womöglich nicht mehr braucht. Lineares Sparen ist immer das Eingeständnis, dass man nicht mehr weiter weiss und darum die Verantwortung an eine mathematische Formel delegiert.
- Eine Aufgabenüberprüfung hingegen erlaubt es, zu fragen, ob angesichts der aktuellen und künftigen Herausforderungen überall die richtigen Aufgaben erfüllt werden. Tun wir das, was die Stadt Bern braucht? Oder führen wir Aufgaben aus, die unnötig sind? Oder vernachlässigen wir Aufgaben, die wir erfüllen sollten? Eine Aufgabenüberprüfung ermöglicht es, Rechenschaft über die eigene Politik abzulegen.

Der Gemeinderat hat bereits in den Legislaturzielen 2009/2012 festgehalten, dass für ihn der Rückbau überholter staatlicher Leistungen ebenso wenig ein Tabu ist wie die gezielte Beschaffung von Mehreinnahmen für neue öffentliche Aufgaben. Mit der Aufgabenüberprüfung hat er sich selbst beim Wort genommen und seine Prioritäten auf den Prüfstand gestellt.

Zu diesem Zweck definierte der Gemeinderat 17 strategische Felder – von der Stadtentwicklung über die Bildung bis hin zur Gesundheit und der öffentlichen und sozialen Sicherheit – und diskutierte intensiv und zuweilen kontrovers den Nutzen, die Bedeutung und Wirkung sowie die Finanzierung der einzelnen Aufgaben. Basierend darauf erarbeiteten die Direktionen Massnahmenvorschläge, die im Rahmen eines längeren

Prozesses zu einem Massnahmenpaket zusammengefasst wurden. Nähere Angaben zur Methodik der Portfolioanalyse finden Sie in Ihren Unterlagen.

Der Gemeinderat war sich bewusst, dass es sich dabei um keinen einfachen Prozess handeln würde. Es war ihm klar, dass er in vielen Fragen zwischen dem Wünschbaren und dem Machbarem abwägen und letztlich politisch entscheiden musste. Ebenso klar war ihm, dass sein finanzpolitischer Gestaltungsspielraum stark eingeschränkt ist durch übergeordnetes Recht, durch definierte Finanzierungssysteme sowie kurz- und mittelfristig nicht kündbare Vereinbarungen.

Was sich aus diesem Prozess ergab, lässt sich in zwei Punkten zusammenfassen:

- Erstens hat die Überprüfung gezeigt, dass die Zahl der Aufgaben, die über ein grosses Sparpotenzial verfügen und auf die verzichtet werden kann, beschränkt ist. Es gibt nur wenige kostenintensive Dienstleistungen und Einrichtungen, die überholt oder überflüssig sind und die ersatzlos gestrichen werden können. Und dort, wo der Gemeinderat grössere Abbaumöglichkeiten ortet, ist der Widerstand programmiert. Ein Beispiel dafür sind die vorgeschlagenen Schliessungen des Freibads KA-WE-DE und des Hallenbads Mubeeri.

Der Gemeinderat wertet dieses Resultat grundsätzlich positiv: Es bestätigt nämlich, dass die Leistungen, welche die Stadt erbringt, über weite Teile einem bereit abgestützten Bedürfnis in der Bevölkerung entsprechen. Die Stadt leistet das, was von ihr erwartet wird. Letztlich ist die Tatsache, dass die Aufgabenüberprüfung kein höheres Sparpotenzial zutage gefördert hat, ein Beleg dafür, dass Bern eine Finanzpolitik mit Augenmass betreibt.

- Zweitens schaffte die Aufgabenüberprüfung die Voraussetzungen für die Erarbeitung einer Vielzahl von Einzelmassnahmen. Damit gelang es, das anvisierte Sparziel von rund 20 Millionen Franken gleichwohl fast zu erreichen. So wird der Haushalt im nächsten Jahr um rund 19 Millionen Franken entlastet, im Jahr 2013 um gut 19,6 Millionen und im Jahr 2014 um 20,6 Millionen Franken.

Wie Sie aus Ihren Unterlagen ersehen können, setzt sich das vorliegende Paket aus einem Mix von unterschiedlichen Massnahmen zusammen. Es umfasst einen Leistungsabbau und Einsparungen sowie Umfinanzierungen. Weiter sind die Stafelung von Investitionen und der Verzicht auf Aufstockungen vorgesehen sowie

Mehreinnahmen durch Gebührenerhöhungen, Teuerungsanpassungen und höhere Gewinnablieferungen. Einen detaillierten Überblick über das Stabilisierungsprogramm wird Ihnen anschliessend Finanzdirektorin Barbara Hayoz liefern.

Der Gemeinderat ist überzeugt, damit die richtigen Pflöcke bei der Haushaltsstabilisierung eingeschlagen zu haben. Er geht mit dem vorliegenden Programm einen pragmatischen Weg und nimmt auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite Korrekturen vor. Er scheut sich nicht, unpopuläre Massnahmen zu ergreifen, verzichtet aber auf Schocktherapien und riskante Experimente.

Wichtig darüber hinaus ist, dass die Finanzpolitik nicht isoliert aus einer Buchhalter-Optik heraus betrachtet wird. Wenn die Stadt Bern heute finanzpolitisch auf Kurs ist, so hat dies auch viel damit zu tun, dass wir den Wohnungsbau erfolgreich vorantreiben konnten. Das belegen die Zahlen: Im Jahre 2009 beispielsweise nahm die Bevölkerung um 0,7 Prozent oder 880 Personen zu - und die Steuererträge der natürlichen Personen erhöhten sich gleichzeitig um 7,4 Prozent. Jede neue Wohnung, die in Bern auf den Markt kommt, stärkt die Steuerkraft der Stadt. Denn entscheidend für die Steuerkraft sind vor allem die natürlichen Personen. Sie machen den Hauptteil der Steuereinnahmen aus.

In diesem Sinne ist eine aktive Wohnbaupolitik die beste Finanzpolitik. Je besser wir es schaffen, neuen Wohnraum zur Verfügung zu stellen und Bern als Wohnstadt attraktiv zu machen, desto gesünder und robuster ist unser Finanzhaushalt.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.